

# Verdingkinder wollen sich nicht mit schönen Worten abspeisen lassen



Hugo Zingg (76) schuftete im Gürbetal BE.



Charles Probst (83) rackerte im Oberaargau BE.

# «Entschuldigung reicht uns nicht. Wir wollen Geld!»

Im 19. und 20. Jahrhundert wurden in der Schweiz 500 000 Kinder armer Familien fremdplatziert, in Heimen und auf Bauernhöfen. Sie arbeiteten unentgeltlich, viele erlitten körperliche und sexuelle Gewalt. Buben wie Mädchen waren gleichermaßen betroffen.



Fotos: Paul Serrin, FFV, Kunstmuseum Bern, Dep. GKS (2), Philipp Zinniker (2)

Bund, Bauern und Bischöfe sagten gemeinsam Sorry zu Verdingkindern. Für ihre Arbeit bedankte sich niemand. Nun verlangen Opfer vier Milliarden Franken.

VON PETER HOSSLI

Fast ein Menschenleben lang hatte Charles Probst (83) auf Worte der Reue gewartet. Bis sie am 11. April kamen. «Für das Leid, das Ihnen angetan wurde, bitte ich Sie im Namen der Landesregierung aufrichtig und von ganzem Herzen um Entschuldigung», sagte Bundesrätin Simonetta Sommaruga (52). Einstige Verdingkinder wie Probst hörten ihr im Berner Kursaal zu.

Mit sechs kam Charly 1936 zu einer Pflegefamilie auf einen Bauernhof im Oberaargau BE. Zu arm war seine Mutter für ein Kind. Beamte nahmen ihr den Kleinen weg. Je nach Jahreszeit schuftete er zwölf bis 14 Stunden täglich im Stall, auf dem Acker, sechs Tage die Woche. Zehn Jahre lang erhielt er keinen Rappen Lohn. Oft hungerte er. Muckte er auf, gab es Prügel. Worte einer Bundesrätin fangen solches Leid nicht auf. «Ihre Rede überzeugte mich nicht», sagt Probst. «Eine Entschuldigung reicht nicht, es braucht Entschädigungen.»

Hugo Zingg (76) kam mit sechs auf einen Bauernhof im Gürbetal BE. Von früh bis spät arbeitete er, erhielt täglich Hiebe, hat noch heute sichtbare Narben. Der Gedenk Anlass enttäuschte ihn. «Niemand hat ein Dankeschön für die geleistete Arbeit über die Lippen gebracht.» Zingg verlangt: «Für Leistungen auf Bauernhöfen und in Heimen muss endlich Geld bezahlt werden.»

Historiker schätzen die Zahl der zwangsplatzierten Verdingkinder in der Schweiz auf über 500 000.

## Wenn der Staat für Unrecht zahlt

Weltweit arbeiten Nationen ihre düsteren Kapital auf. So zahlte Deutschland bisher rund 70 Milliarden Euro an die Opfer des Nazi-Terrors. 2009 entschädigte Irland Menschen mit 1,2 Milliarden Euro, die in katholischen Heimen sexuelle Misshandlungen und Zwangsarbeit erdulden mussten. Auch in der Schweiz ist es zu Zahlungen gekommen. So

Noch leben 10 000. Viele rackerten sich für Bauern ab. Dahinter stand ein System, «bei dem sich niemand Lorbeeren holte», sagte der einstige Präsident des Schweizerischen Bauernverbands, SVP-Nationalrat Hansjörg Walter, als er sich 2011 bei den Opfern entschuldigte. «Nicht der Staat, nicht die Kirche, nicht Familien, bei denen ein Teil der Kinder ausgebeutet wurde.»

Der Staat verordnete die Versetzungen von Kindern. Kirchen tolerierten sie, profitierten mit. Bauern erhielten kostenlose Knechte.

Sie alle sollen nun dafür geradestehen – mit ihrem Geld. «Wer den Schaden anrichtet, muss ihn wiedergutmachen», sagt Zingg. «In diesem Fall die Kirche und der Staat.» Rasch soll Geld fließen, so der Präsident des Vereins Netz-

erhielten einige Hundert Jenische – «Kinder der Landstrasse» – vom Bund zwischen 1988 und 1993 je nach Schädigung 2000 bis 20 000 Franken. 1998 war ein Leiter eines Kinderheims in Mogensberg SG wegen sexueller Handlungen an Kindern zu sechs Jahren Haft verurteilt worden. 33 Opfer erhielten vom Kanton zusammen 500 000 Franken. ●

werk-verdingt, Walter Zwahlen (64). «Zahlungen müssen erfolgen, solange die Opfer noch leben.»

Dass es mit dem Sorry nicht getan ist, weiss Sommaruga. Sie lancierte in ihrer Rede im April einen runden Tisch, an dem über alle Aspekte gesprochen werden soll, juristische, historische und «auch finanzielle», wie sie sagt.

Bürgerliche National- und Ständeräte aber lehnen Zahlungen ab. Nicht der Bund, sondern Gemeinden und Kantone seien für den Vollzug verantwortlich gewesen.

Zwahlen hat es so erwartet. «Wie eine heisse Kartoffel wird die finanzielle Verantwortung vom Bund an die Kantone und Gemeinden geschoben.» Seit Jahren blockiert Bundesbern. Der einstige Justizminister Christoph Blocher nannte das Verdingkinderwesen «ein System, welches früher nicht nur als rechtens, sondern manchmal gerade als besonders sozial und fürsorglich empfunden wurde».

Aus Angst, ein Präjudiz für Verdingkinder zu schaffen, lehnte die Regierung einst Zahlungen für Zwangssterilisierte ab. Ein von SP-Ständerat Paul Rechsteiner (SG) entworfenes Rehabilitierungs-gesetz für administrativ Versorgte sieht keine finanzielle Wiedergutmachung vor. Geld für Verdingkinder will keiner haben. Kantone, Ge-

meinden und Bischöfe verweisen auf den bevorstehenden runden Tisch, den der Urner alt CVP-Ständerat Hansruedi Stadler (59) als Delegierter des Bundesrats leitet.

Bei ihm sitzen werden Vertreter von Behörden, Kirchen und Bauernverband. Verdingkinder aber fehlen. «Wir setzen uns nicht an den runden Tisch», sagt Vereinspräsident Zwahlen. Die Gruppe sei zu gross. Er nennt sie ein «untaugliches, parteipolitisch inspiriertes Konstrukt». Es brauche «eine Expertenrunde statt reaktionäre, ewiggestrige Kräfte, Bremsen und Profiteure.»

Zwahlen befürchtet ein ähnliches Szenario wie beim runden Tisch für Heimkinder in Deutschland: «Dort wurden die Betroffenen über den Tisch gezogen und mit

kläglich 190 Millionen Euro abgespeist.» Stoisch weigerten sich Bund wie Bauern, die Leistung der Verdingkinder aufzurechnen. «Ist diese Zahl einmal ausgesprochen, lassen sich Reparationszahlungen

## «Wer den Schaden anrichtet, muss ihn wiedergutmachen»

Hugo Zingg (76)

kaum vermeiden», so Zwahlen. Angespant ist das Verhältnis zum Bauernverband. Als der neue Bauernpräsident Markus Ritter (46) beim Gedenk Anlass sprach,

oder unrechter wirtschaftlicher Gewinn im Spiel war».

Die Verantwortung schiebt er weiter. «Verdingkinder wurden ja von den Behörden platziert. Und zwar nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in anderen Gewerbebetrieben und sonstigen Familien», schreibt Ritter.

«Grotesk» seien diese Aussagen, sagt Zwahlen. «Der Bauernverband hätte schon lange im eigenen Interesse eine Studie in Auftrag geben sollen, um sich über die Rolle der Bauern Klarheit zu verschaffen.»

Einiges sei historisch erwiesen. «Die Kinderarbeit ist geleistet worden, nie sagten die Bauern Danke, nie zahlten sie Lohn,» sagt Zwahlen. «Der Bauernverband ist ein Zechpreller.» Zumal Schweizer Bauern allein seit 1960 rund 165 Milliarden Franken stattliche Zuschüsse erhalten haben – pro Jahr über drei Milliarden.

Der wirtschaftliche Wert der Kinderarbeit ist bekannt. Ein Ökonom

Bitte umblättern



Fortsetzung von Seite 23

der UBS kalkulierte ihn im Herbst 2011 für Sonntags-Blick. Demnach hatte die Schweizer Landwirtschaft kostenlose Leistungen von **mindestens 20 Milliarden Franken** erhalten. Umgerechnet auf den heutigen Geldwert entspricht das einem Betrag von 120 000 Franken pro Person. Bei 10 000 noch lebenden Verdingkinder beträgt die Schuld 1,2 Milliarden Franken. Wobei nur Salä-



Verdingkinder-Präsident **Walter Zwahlen** (l.), Bauernverbands-Präsident **Markus Ritter**.

re, nicht aber erlittenes Unrecht berücksichtigt sind. «Total stehen uns vier Milliarden Franken zu», sagt Zingg.

**Er mähte, säte, setzte und molk – von Hand.** Weil Verdingkinder fast nichts kosten, zögerte mancher Bauer die Anschaffung teurer Maschinen hinaus. Nicht zuletzt wegen der Verdingkinder, so Historiker, erfolgte die Mechanisierung der Schweizer Landwirtschaft später als in anderen Ländern Europas.

Kost und Logis der kleinen Knechte zahlte der Staat. Während des Zweiten Weltkriegs bekamen die Bauern für sie Lebensmittelkarten. Die Rationen assen die Familien selber. **«Vieh erhielt besseres Essen als Verdingkinder»**, sagt Zwahlen. «Bauern waren mehrfache Profiteure des Unrechtssystems.»

Die Schulbank drückte Zingg von April bis Oktober kaum. Dann war Ernte. Lehrer und Pfarrer schauten weg. Oft sah Zingg, wie Priester den Hof mit Zöpfen, Früchten und Würsten verliess. Er hätte sie gerne selbst gegessen.

Laut Bischof Markus Büchel (63) sei nicht Geld, sondern die Verarbeitung des Unrechts wichtig. «Dort, wo das notwendig ist, kann das auch mit materiellen Mitteln sein.»

**Geld zumindest hätten die Geistlichen.** Allein die katholische Kirche nimmt jährlich eine Milliarde Franken ein, so das SRF-Wirtschaftsmagazin «Eco». Das Vermögen der Kirchgemeinden? 1,5 Milliarden Franken. ●

# US-Kriegsheld **Stanley McChrystal** spricht in Zürich über

# «Syrien fällt auseinander»

VON PETER HOSSLI

**M**it einem Witz brach der General das Eis. **«Auch ich habe Probleme mit der US-Regierung wegen meiner Steuern»**, sagte Stanley McChrystal (58). Die Bank Notenstein hatte den Feldherrn a. D. am Freitag ins Zürcher Hotel Dolder geladen. Eine Bank, die nur wegen des Steuerstreits mit den USA entstanden ist. McChrystal sprach über den Na-

hen Osten und die islamische Welt von Nordafrika bis zum Hindukusch – eine Region, die er bestens kennt. Von 2003 bis 2010 kommandierte er US-Soldaten im Irak und in Afghanistan. **Er fasste den irakischen Diktator Saddam Hussein** und den Terrorchef der Al Kaida in Irak.

Jetzt zeichnet McChrystal ein pessimistisches Bild, trotz des Arabischen Frühlings. «Die nächsten zehn bis 15 Jahre werden weit unruhiger

sein als die letzten zehn.» Wobei ihm der Bürgerkrieg in Syrien derzeit am meisten Sorgen bereite. **«Syrien dürfte in fünf bis sechs Fraktionen zerfließen, die alle gegeneinander im Krieg stehen.»**

Heutige Grenzen würden sich auflösen – höchst unangenehm für Israel. «Israel wäre gefährdet, wenn Syrien und Libanon sich aufspalten, Jordanien zerfällt», sagt McChrystal. «Nicht mehr Staaten umzingeln

dann Israel, sondern allesamt feindlich gesinnte Einheiten.»

Wann greifen die USA ein? «Amerika wartet ab», sagt McChrystal zu SonntagsBlick. **«Amerikaner haben momentan wenig Appetit auf einen neuen Krieg im Nahen Osten»**, so der General, der zwei zähe Kriege in der islamischen Welt führte. «US-Bürger haben verstanden, warum wir in Afghanistan einmarschierten, sogar im Irak – aber ein Einmarsch in

Syrien wäre kaum zu vermitteln.» Selbst, um das Morden zu stoppen. **«Humanitäre Bedenken reichen vielen Amerikanern derzeit nicht als Kriegsgrund.»** Sicher, so McChrystal, «der Einsatz chemischer Waffen durch syrische Truppen erhöht die Chancen eines US-Luftangriffs».

Ohnehin schwinde das Interesse Amerikas an der Region. **«Die USA sind daran, unabhängig zu werden von Erdöl-Importen»**, sagt McChrystal.



General a. D. Stanley McChrystal am Freitag im Zürcher Hotel Dolder (l.); an Bord der Air Force One mit US-Präsident Barack Obama.

Fotos: Keystone (2), Regina Köhne, Philipp Zimmler

tal. «Sobald wir kein ausländisches Öl mehr brauchen, schicken wir keine Soldaten mehr in fremde Länder, um für Energie zu kämpfen, die wir nicht brauchen.» Das Nachsehen hätten China und Europa – **beide weiterhin abhängig von arabischem Öl.** Nicht nur Syrien gefährde die Region, betont McChrystal. Sondern die wirtschaftliche Lage – **«und der persische Nationalismus».** Iran strebe nach Hegemonie, am ehesten mit

nuklearen Waffen. «Hat Iran die Atombombe, wollen Länder wie Saudi-Arabien sie auch.»

Positiv beschreibt er Afghanistan, wo McChrystal zuletzt Soldaten befehligte. «Noch ist das Land nicht ganz sicher, aber die Fortschritte seit 2001 sind immens», sagt er. «Heute gehen neun Millionen Kinder zur Schule, **die Hälfte davon sind Mädchen**, damals waren es 400 000 – fast nur Knaben.»

McChrystal absolvierte die knüppelharte US-Offizierschule West Point, war 34 Jahre lang Berufssoldat – **und stolperte über ein Interview.**

Gegenüber dem US-Magazin «Rolling Stone» kritisierte er die zivile Aufsicht der US-Armee, insbesondere Vizepräsident Joe Biden. Noch bevor der Artikel erschien, zitierte ihn Präsident Barack Obama von Afghanistan ins Weisse Haus. Am Tag des Treffens, am 23. Juni 2010, trat McChrystal zurück. «Der Wechsel ins Zivilleben fiel mir leichter, als ich gedacht hatte», sagt er heute. **«Ich bin gerne Zivillist.»**

Er unterrichtet an der Yale University, betreibt eine eigene Beratungsfirma und lässt sich für Vorträge wie jenen in Zürich gut bezahlen – laut US-Medien jeweils 60 000 Dollar plus Flug und Hotel für zwei.

Er sei vorsichtiger geworden, was er öffentlich sage. Im Dolder redet McChrystal offen. Das Gefangenlager in der Guantanamo Bay auf Kuba habe «seinen Zweck erfüllt», sagt der General. **«Wir müssen Guantánamo schliessen.»**

Angesprochen auf die Lage auf der koreanischen Halbinsel, schloss er wie er begann – witzig. «Nordkorea ist weniger gefährlich als die Nordkoreaner hofften, sie wären es.» ●

ANZEIGE

**DER NEUE B-MAX ÖFFNET NEUE HORIZONTE**

Offen für ein Leben, das Platz braucht. Der neue B-MAX mit genialem Easy Access Türsystem, 1,5 Meter breitem Zugang zum bequemen Innenraum, hocheffizientem 1,0-Liter-EcoBoost-Motor, Klimaanlage und SYNC Sprachsteuerung. Welche Horizonte öffnet er für Sie?



Eine Idee weiter

ford.ch

B-MAX Titanium 1.0 l EcoBoost, 100 PS/74 kW: Energieverbrauch 4,9 l/100 km. CO<sub>2</sub>-Emission 114 g/km. Energieeffizienz-Kategorie B. Durchschnitt aller verkauften Neuwagen: 153 g/km.